



19 | April / Mai 2018

Liebe Leserinnen und Leser,

das waren zwei vollgepackte Monate im politischen Leben. Ich war außergewöhnlich viel in der Republik unterwegs, vor allem in meiner neuen Aufgabe als tierschutzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. Im letzten Plenum sprach ich in dieser Rolle auch zum Thema Insektensterben. Am 20. Mai wurde der erste Weltbienentag begangen um darauf aufmerksam zu machen, wie wichtig diese kleinen Insekten für uns sind. Schauen Sie sich meine Rede, die dies heraushebt und auch einen rheinhessischen Bezug schafft, doch einfach mal auf meiner Homepage an: <https://www.nina-klinkel.de/landtag/>

Im Landkreis arbeiten wir zudem als rheinhessische SPD gemeinsam am Thema Tourismus weiter und entwickeln neue Ansätze. Außerdem startet nun das Mentoring- und Ausbildungsprogramm, das ich zusammen mit Daniel Baldy und Jonas Schlotter entwickelt habe.- Sie sehen: Es gab viel zu tun. Packen wir's an.

Mit besten Grüßen

Grundschulen in Ingelheim werden Medienkompetenzschulen

Die Grundschule Pestalozzi Grundschule, sowie die Grundschule Theodor-Heuss-Schule in Ingelheim werden zum Schuljahr 2018/2019 neu in das Landesprogramm "Medienkompetenz macht Schule" aufgenommen, wie die Landtagsabgeordnete Nina Klinkel (SPD) mitteilt.

"Tablet, Smartphone und Co. sind heute ein selbstverständlicher Bestandteil der Lebenswelt junger Menschen. Bereits die Kleinsten nehmen digitale Welten als Teil ihrer eigenen Lebenswirklichkeit wahr. Ich freue mich daher sehr, dass Schülerinnen und Schüler an der Grundschule Pestalozzischule und der Grundschule Theodor-Heuss-Schule mit Beginn des neuen Schuljahres bereits frühzeitig den richtigen Umgang und die kompetente Nutzung der digitalen Möglichkeiten erlernen."

"In Zeiten der Digitalisierung ist Medienkompetenz neben Lesen, Schreiben und Rechnen eine wichtige Kulturtechnik, die digitale und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht", so Abgeordnete Klinkel. "Mit dem Landesprogramm "Medienkompetenz macht Schule" nimmt Rheinland-Pfalz seit Jahren eine bundesweite Vorreiterrolle ein", erklärt Klinkel weiter. Seit 2007 haben sich 580 weiterführende Schulen als Medienkompetenzschulen qualifiziert. Nach dem erfolgreichen Start an weiterführenden Schulen wird das Landesprogramm seit 2017 Schritt für Schritt auch auf rheinland-pfälzische Grundschulen



ausgeweitet. Zum kommenden Schuljahr 2018/2019 nehmen 125 weitere Grundschulen neu am Landesprogramm teil; insgesamt gibt es damit 262 Medienkompetenzschulen im Grundschulbereich. Die teilnehmenden Schulen durchlaufen eine zweijährige Projektphase, während der eigene Lernszenarien für schülerorientiertes, selbstgesteuertes und individuelles Lernen mit digitalen Medien erprobt werden sollen. Fachlich begleitet werden sie dabei durch das Pädagogische Landesinstitut Rheinland-Pfalz. Zusätzlich erhalten die ausgewählten Schulen eine Förderung in Höhe von 7.500 Euro für die technische Ausstattung. Schwerpunkte des Landesprogramms bilden der kompetente Umgang der Schülerinnen und Schüler mit digitalen Medien, die Elternarbeit sowie die Fort- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern.

Zu Gast bei „Helfer sind tabu“

Polizisten, Feuerwehrleute und Rettungskräfte sind täglich im Einsatz, um unser aller Wohl und Sicherheit zu garantieren. Dennoch werden Menschen in diesen Berufen immer häufiger Gewalt und Aggressionen verschiedenster Formen ausgesetzt. Um dem entgegen zu wirken, gründete sich Anfang Januar der Verein „Helfer sind Tabu“ aus unterschiedlichen Rettungsdienstbehörden aus dem Landkreis. Ziel ist es die Bevölkerung zu sensibilisieren, Helfer mehr wert zu schätzen und Täter abzuschrecken. Ich habe den jungen Verein in Ingelheim besucht

und am gleichen Tag den Mitgliedsantrag unterschrieben, um diese gute Initiative zu unterstützen.

Vielen Dank an den Vorsitzenden Dr. Cludius und den Kassierer Herrn König für die Zeit, die sie sich genommen haben.

Am 12. Juni werde ich im Rahmen des Austausches mit den Ehrenamtlichen des Katastrophenschutzes auch meine zweite Blaulichtrunde abhalten. Erneut wird Staatssekretär Randolf Stich zu Gast sein. Im besonderen Fokus stehen dieses Mal die Rettungsdienste.



Tierschutzpolitische Sprecherin

Als Sprecherin für Tierschutz der SPD-Landtagsfraktion war ich der Republik für den Tier- und Artenschutz unterwegs. So habe ich in Landau die Tagung der Zoologischen Gesellschaft für Arten- und Populationsschutz besucht, zudem in Bremerhaven den



Bundeskongress des Verbandes deutscher Vereine für Aquarien- und Terrarienkunde (VdA) und die „Interzoo“, die weltweit größte Messe der Heimtierbranche in Nürnberg. Überall konnte ich einen interessanten Einblick in die Arbeit rund um den



„Ein Ticket für den Tourismus“ SPD forciert verbesserte Mobilität für Gäste und Einheimische

Der Tourismus in Rheinhessen boomt und wird immer mehr zu einem starken Wirtschaftsfaktor. Rund 1 Milliarde Bruttoumsatz werden hier generiert, etwa 14 500 Menschen finden Beschäftigung in diesem Sektor. Ein stetiges Plus an Übernachtungen und Gästeankünften zeigen, dass die strategische Arbeit der Rheinhessen-Touristik, die ihre Tourismusstrategie bis 2025 fortgeschrieben hat, fruchtet. "Es ist nun Aufgabe der Politik, hier das Bestmögliche zu tun, um diese Strategie und die lokalen Leistungsträger zu unterstützen", erklären die SPD

Landtagsabgeordnete und Sprecherin der AG Tourismus der SPD Rheinhessen, Nina Klinkel und der Sprecher der AG Verkehr der SPD Mainz-Bingen, Sebastian Hamann. Um dies im Bereich Mobilität anzustoßen, trafen sich die beiden Arbeitskreise Tourismus und Verkehr der Sozialdemokraten der Region. "Nach ausführlichen Gesprächen, beispielsweise mit der Rheinhessen-Touristik, sind wir zu der Auffassung gelangt, dass eine Gästekarte im Bereich Verkehr für die Region eine sinnvolle und den Tourismus fördernde Ergänzung wäre", erklärt Klinkel und Hamann ergänzt: „das bisherige System der verschiedenen Verkehrsverbünde ist insgesamt zu komplex. Zwischen Bingen/Rüdesheim im Süden und Koblenz Norden gelten derzeit die Tarife dreier Verkehrsverbünde (RNN, RMV und VRM) sowie zweier Länder-Tickets", erklärt Hamann. Hinz kämen noch die Fähren am Mittelrhein. "Die Grenze zwischen RNN und VRM zwischen Bacharach und Oberwesel zerschneidet das Mittelrheintal förmlich", so Klinkel. Es müsse doch das Ziel sein, dass sich das Mittelrheintal gerade mit Blick auf die BuGa als Einheit präsentiere, insbesondere beim ÖPNV-Angebot. "Gleiches gilt in Richtung Rheinhessen und Rhein-Main", ergänzt Klinkel. Die Sozialdemokraten sind davon überzeugt, dass eine solche stärkere Vernetzung der Verkehrsverbünde auch positive Auswirkungen für Pendler hätte. "Ein Pendler zwischen Bingen und Frankfurt beispielsweise, benötigt zu seinem RMV-Jobticket eine weitere Monatskarte zwischen Bingen und Mainz, da das RMV-Jobticket im Übergangstarif nicht gilt",



bemängelt Hamann. Dies sei ein unmöglicher Zustand für die Pendler in der Region. Konkret fordert die SPD ein Ticket für die gesamte Region bestehend aus Rheinhessen, dem Welterbegebiet Mittelrheintal und Rhein-Main. Dies beinhaltet das Tarifgebiet des RNN sowie Teilgebiete des RMV, VRM und VRN. „Diese Kombi-Tickets müssen als Tageskarte und vor allem digital buchbar sein. So können sie auch einen Austausch der Besucherströme fördern“, so Klinkel. Zudem sollten auch die Rheinfähren mit dem Kombiticket nutzbar sein. "Wir sprechen hierüber mit den Verkehrsverbänden", meint Hamann und zeigt den Mangel auf: "Die Problematik besteht darin, dass sich die Verkehrsverbände in ihrem Zuschnitt weder an Tourismusregionen noch an Pendlerströmen orientieren, sie sogar zerschneiden“.

Die Forderung der Sozialdemokraten erntete bereits eine Reaktion des RNN-Geschäftsführers Wolfgang Hammermeister, der entgegnet, dass es entsprechende Ticket-Angebote bereits gebe. Hierzu entgegnet Hamann: „Schon der Blick auf die Bewerbung zur Bundesgartenschau 2031 zeigt, dass der RNN zu kurzfristig denkt.“ Ebenso sei es angezeigt, die Mitnahmemöglichkeiten von Fahrrädern im öffentlichen Personennahverkehr zu verbessern. "Wir sind eine Rad-Region und bauen unsere Fahrradwege mit Landesunterstützung konsequent aus", hält Klinkel hierzu fest. "Touristen müssen Möglichkeiten haben, diese auch mit ihren Rädern zu nutzen". Um den Fahrradtourismus und letztlich den sanften Tourismus weiter zu fördern, blicken die Sozialdemokraten auch auf ein regionales

Verleihsystem. "Wir begrüßen die Planung der "MVG mein Rad" sehr, die Strukturen ab 1. Juli zu erweitern und sind der Auffassung, dass die gesamte Region hiervon profitiert. Über mögliche Erweiterungen in den Süden Rheinhessens wollen wir in den Dialog treten".



Gefahr durch grenznahe AKW

Als Mitglied des Umweltausschusses konnte ich mit internationalen Journalisten über die Energiewende in Deutschland und Rheinland-Pfalz diskutieren. Wie wichtig diese ist, zeigen auch die erschreckenden Berichte über die grenznahen Atomkraftwerke in Belgien und Frankreich. Rheinland-Pfalz trat u.a. bereits der Klage der Städteregion Aachen gegen den Weiterbetrieb des AKW Tihange 2 bei. Eine Klage gegen Cattenom erscheint aber nicht zielführend. Um die Frage zu erörtern, was das Land, aber auch der Bund in dieser Hinsicht tun kann, reiste ich gemeinsam mit meinem Kollegen Andreas Rahm nach Berlin um mit der zuständigen Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter im Bundesministerium



für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit zu sprechen. Begleitet wurden wir hierbei vom stellv. Fraktionsvorsitzenden der SPD Fraktion der Städte-region Aachen.

Andreas Rahm erklärt hierzu: „Wie sich in den vergangenen Wochen gezeigt hat, ist es rechtlich schwierig und zum Teil unmöglich, eine Stilllegung der Meiler in Frankreich und Belgien zu erwirken. Eine Möglichkeit ist aber, darauf hinzuwirken, dass aus Deutschland keine Brennelemente mehr an die AKWs geliefert werden. Als SPD-Fraktion unterstützen wir die Überlegungen des Bundesgesetzgebers, die Urananreicherungsanlagen in Gronau und Lingen stillzulegen und die Fertigung der Brennelemente so zu beenden. Es ist gut, dass der Bund hierzu ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben hat. Eine Stilllegung könnte gegebenenfalls möglich sein, wenn die innere und äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet ist.“ Ich musste resümieren: „Es ist leider aus rechtlicher Sicht wenig erfolgversprechend, die Brennelementefertigung in Deutschland weiter zu erlauben und die Ausfuhr von Kernbrennstoffen an Atomkraftwerke im Ausland zu verweigern. Das gemeinsame Ziel von Bundesregierung und der SPD-Fraktion ist die Schaffung von mehr Sicherheit. Als SPD-Fraktion sprechen wir uns gegen die Nutzung der Kernenergie aus. Der Betrieb der Atomkraftwerke führt zu unkalkulierbaren Risiken, auch die dauerhafte Lagerung der entstehenden radioaktiven Abfälle ist ungelöst.“



Neue social media Reihe: Nina liest.

Um für Politik und die Auseinandersetzung mit ihr zu begeistern, habe ich die Reihe „Nina liest“ gestartet, in der ich in 5 Minuten mit einem Augenzwinkern Auszüge aus politischen Büchern vorstelle und sie rezensiere. Auf meiner Homepage ist die erste Folge bereits zu sehen: www.nina-klinkel.de/nina/nina-liest/





Erste Seniorensprechstunde

Klassisch im Wahlkreisbüro nach Terminabsprache, digital via Whatsapp oder vor Ort bei der mobilen Sprechstunde: Es gibt zahlreiche Möglichkeiten Anliegen mit mir zu besprechen. Nun kommt eine weitere hinzu: In themenbezogenen Sprechstunden widme ich mich bestimmten Thematiken. Im Mai fand daher meine erste Seniorensprechstunde statt. Unterstützt von Horst Scheel, Mitglied des Seniorenbeirats der VG Nieder-Olm und Mitglied der AG 60+, waren wir bereit Fragen zu seniorenpolitischen Themen wie „Wohnen im Alter“ oder „Ehrenamtliches Engagement“ zu beantworten. Ich danke Horst sehr herzlich für seine Unterstützung. Weitere Themensprechstunden, beispielsweise zum Thema „Familie“ und „Jugend“ werden folgen.

Besuch bei der BI L425 in Harxheim

Im Wahlkreis stehen verschiedene verkehrspolitische Projekte an. Zunehmend artikulieren Bürgerinnen und Bürger ihre hierzu Interessen in Bürgerinitiativen. Eine dieser BI habe ich in Harxheim gemeinsam mit meinem Kollegen Benedikt Oster, dem verkehrspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion besucht. Die Gefahrensituation auf unseren Straßen verschlimmert sich. Wir beachten zunehmend heftige Geschwindigkeitsüberschreitungen in unseren Ortschaften. In Harxheim brachte es ein Fahrzeug in Höhe der Fußgängerampel in der geschlossenen Ortschaft an der L425 beispielsweise auf unfassbare 106 km/h. Wir unterstützen die BI in ihrem Anliegen hier für eine Geschwindigkeitsreduktion zu sorgen und diskutieren verschiedenen Möglichkeiten. Ich bin auch sehr froh, dass die lokale SPD-Fraktion sich so engagiert der Thematik annimmt und wir mit gemeinsamer Anstrengung an einer Lösung arbeiten.

